

## **14. Gemeinsamer Europatag**

**am 21./22. November 2024 in Brüssel**

### **Resolution des 14. Gemeinsamen Europatages**

#### **Gemeinsam in die Zukunft gehen – Gemeinden stiften Heimat!**

Die Menschen in Europa leben nun seit Jahren in Situationen, die von Krisen und besonderen Herausforderungen geprägt sind. Die Corona Pandemie, persönliche und wirtschaftliche Einschnitte, hohe Preissteigerungen, der russische Überfall auf die Ukraine mit europäischen und globalen Auswirkungen, hohe Flüchtlingszahlen – es war kaum Zeit mehr, zur Ruhe zu kommen, um Atem zu schöpfen.

In diesen Krisen haben sich immer wieder die Gemeinden als Fels in der Brandung erwiesen. Gerade in Zeiten, in denen das Leben und die Meinung in vieler Menschen durch Ängste geprägt sind, kommt es darauf an, im direkten Lebensumfeld vor Ort Stabilität, Heimat, Verlässlichkeit und auch Perspektive und Hoffnung zu stiften.

Alle diese Möglichkeiten und Fähigkeiten bringen die Städte und Gemeinden in Europa mit. Die Kommunen stehen partnerschaftlich bereit, zum Erfolg des europäischen Integrationswerkes weiterhin beizutragen und sie unterstreichen, dass sie mit allem Engagement für den Erfolg Europas und für das Gelingen der gemeinsamen Ziele und Herausforderungen einstehen werden.

Die Globalisierung und Internationalisierung von Fragen und Herausforderungen, aber auch von Chancen und Perspektiven schreitet stetig voran.

## **Europäische Kommission und Europaparlament**

Die Neuwahl des Europäischen Parlaments hat gezeigt, dass die politischen Verhältnisse, die Stabilität der gewählten demokratischen Vertretungen und Demokratie und Rechtsstaat keine Selbstverständlichkeiten sind. Bei Europawahlen, aber auch bei vielen Wahlen auf der nationalen Ebene wurden die politischen Ränder gestärkt. Umso mehr muss es darauf ankommen, dass die demokratischen Kräfte zusammenstehen und bei aller unterschiedlichen politischen Überzeugung gemeinsame Werte und Ziele nicht aus dem Blick verlieren, sondern für diese mit Entschlossenheit und Mut eintreten.

Demokratie beginnt auf der kommunalen Ebene – dies betonen die Städte und Gemeinden mit Stolz, aber auch mit Respekt und Ehrfurcht vor den damit verbundenen Aufgaben.

Wir halten unsere Forderung aufrecht, dass es in der Europäischen Kommission einen EU – Kommissar mit Verantwortlichkeit für die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung geben muss. Ansprechpartner für die europäischen Institutionen müssen vor allem die kommunalen Spitzenverbände sein.

Auch in den anderen europäischen Institutionen und Gremien, vor allem im Europäischen Parlament, möchten wir verantwortliche politische Ansprechpartner für die Interessen, Belange, aber auch für die Potenziale der Städte und Gemeinden in Europa haben.

Dieser Wunsch verbindet in besonderer Weise, die österreichischen und die deutschen Städte und Gemeinden.

## **Migration und Integration**

Krieg in Europa, aber auch in anderen Regionen der Welt haben zu erheblichen Flüchtlingsströmen in die EU und nicht zuletzt auch nach Deutschland und nach Österreich geführt. Wir betonen die humane Verantwortung, geflüchteten Menschen beizustehen und dort für ein gutes Asylrecht zu sorgen, wo echte Asylgründe gegeben sind. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass die Aufnahme – und Integrationsfähigkeit in den Städten und Gemeinden bei allem Engagement und Einsatz Grenzen hat. Die Gemeinden dürfen nicht damit alleine gelassen werden, Millionen von geflüchteten Menschen unterzubringen, für diese zu sorgen und auch für deren erfolgreiche Integration zu sorgen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe.

Die Gemeinden unterstreichen zudem, dass die Migrationsherausforderungen gemeinsame und solidarische europäische Antworten erfordern. Wir brauchen geordnete Asylverfahren überall in Europa und eine gerechte und solidarische Verteilung der Geflüchteten und der Lasten, die mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen verbunden sind. Die sozialen Leistungen für Geflüchtete müssen europaweit zu vergleichbaren Standards entwickelt werden, die Fehlanreize weitestmöglich verhindern.

### **Finanzlage der öffentlichen Hand**

Die Städte und Gemeinden in Österreich und in Deutschland stellen mit Besorgnis fest, dass die Finanzsituation der öffentlichen Hand und insbesondere der Kommunen unter einem außerordentlichen Druck steht. In Deutschland haben die Gemeinden im ersten Halbjahr 2024 mit -17,3 Milliarden Euro seit vielen Jahrzehnten das schlechteste Finanzierungsdefizit. Und auch für die kommenden Jahre ist mit zweistellig negativen Finanzierungssaldi in den kommunalen Kassen zu rechnen. Gleichzeitig sind die Erwartungen, Hoffnungen und Investitions Herausforderungen an die Städte und Gemeinden so groß, wie ebenfalls seit Jahrzehnten nicht mehr. Eine gelingende Transformation, der Abbau des kommunalen Investitionsrückstandes, die Finanzierung von Digitalisierung, Bildung, Betreuung, Breitband, eine funktionierende Energiewende, eine gelingende Mobilitätswende oder auch die Bewältigung von demographischen Herausforderungen und der Migration erfordern einen immensen finanziellen Aufwand der öffentlichen Hand und insbesondere der Städte und Gemeinden.

Es ist festzustellen, dass die Gemeinden bei ihrer Finanzausstattung deutlich hinter ihrer Verantwortungs- und Ausgabenverpflichtung zurückstehen. Daher muss es zu einer ehrlichen Analyse kommen, was die öffentliche Hand leisten und finanzieren kann. Die Städte und Gemeinden warnen davor, durch eine immer weiter fortschreitende Überforderung der Kommunen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität der Menschen untereinander zu riskieren!

Die Überforderung kann die finanzielle Handlungsfähigkeit betreffen. Aber nicht minder eine kapazitätsmäßige und auch administrative Überforderung, wenn eine überbordende und unverhältnismäßige Bürokratie zum Flaschenhals öffentlicher Investitionen und Handlungsfähigkeit wird, die die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt

maßgeblich gefährden kann. Dies gilt nicht nur, aber auch für bürokratische Vorgaben der EU, die dereguliert werden können und müssen. Förderprogramme müssen umfangreich in ihrer Handhabung vereinfacht werden und der Tatsache Rechnung tragen, dass sowohl in den öffentlichen, kommunalen Verwaltungen, als auch in den Unternehmen die Personalkapazitäten knapp sind und weiter zurückgehen.

Die österreichischen und deutschen Kommunen sind Garanten der Daseinsvorsorge und Politikvermittler vor Ort. Geht die Schere zwischen pflichtigen Ausgaben und Einnahmen weiter auseinander und wird ihre Handlungsfähigkeit weiter beschnitten, erodiert die Basis unserer Demokratie.

### **Partnerschaft in Europa weiterentwickeln**

Die Städte und Gemeinden sind das demokratische und gesellschaftliche sowie ökonomische Fundament Europas. Daher appellieren die Gemeinden mit Nachdruck dafür, eine starke Europäische Union gemeinsam von der kommunalen Basis ausgehend aufzubauen und zu stärken. Dabei muss es darum gehen, ein partnerschaftliches Zusammenwirken aller öffentlichen, demokratischen Ebenen, von der Gemeinde über die Regionen und Mitgliedstaaten bis hin zu EU selbst stets als politische Priorität zu sehen und umzusetzen.

**Gemeinsam werden wir den Herausforderungen der Zeit gerecht werden können. Gemeinsam werden wir die Europäische Union als starken internationalen Akteur verankern können, der auch für seine innere und äußere Sicherheit sowie für eine prosperierende Wirtschaft und hohe Lebensqualität für die Menschen Sorge tragen kann.**

**Gemeinsamkeit steht für Erfolg in Europa – dies müssen alle Ebenen stets als Priorität verfolgen!**